

15. Juni 2022

Lage in den Unternehmen nach Ende der Corona-Hilfen

Stellungnahme des VUSR - Verbands unabhängiger selbstständiger Reisebüros e.V. - Bundesverband

Deutscher Bundestag - Ausschuss für Tourismus

Der Verband unabhängiger selbstständiger Reisebüros e.V. - Bundesverband (VUSR) fördert Reisevermittler in gewerblichen, politischen, wirtschaftlichen, beruflichen und rechtlichen Belangen. Leitlinie dabei ist: „Die Situation mit den Augen der Reisebüros betrachten, den Fokus auf die Anliegen der Reisebüros legen und dabei die Partner nicht aus dem Blick verlieren.“ Gegründet wurde der engagierte Verband während der Umsetzungsphase der Pauschalreiserichtlinie als neue, starke Interessenvertretung allein für den Reisebürovertrieb. Er unterhält gute und wichtige Kontakte zu Politik, Presse und Branchenpartnern der gesamten Touristik. Inzwischen vertritt der VUSR - Bundesverband die Interessen von rund **7.000** Reisebüros in ganz Deutschland.

Sehr geehrte Frau Schimke,
sehr geehrte Damen und Herren,

für die Einladung zur öffentlichen Anhörung zum Thema "Lage in den Unternehmen nach Ende der Corona-Hilfen" danken wir und nehmen vorab wie folgt Stellung:

Aktuelle Lage vor der Sommersaison 2022

Grundsätzlich gehören die Corona-Einschränkungen inzwischen weit überwiegend der Vergangenheit an und es gibt nur noch einige wenige Länder mit (teilweise) geschlossenen Grenzen. Die Hemmnisse liegen inzwischen anderswo, sodass es nach wie vor eine gewisse Zurückhaltung bei Reisenden gibt, gerade wenn es um Fernreisen geht.

Ein wesentlicher Kritikpunkt gilt daher den Veröffentlichungen aus dem Gesundheitsministerium in Bezug Fernziele und weiter in der Zukunft liegende Reisen. Kund*innen rechnen schon jetzt mit absoluter Sicherheit mit Einreiseverboten und Beschränkungen sowie einem erneuten Erliegen des internationalen Flugverkehrs, ohne dass es hierfür eine fundierte wissenschaftliche Grundlage gibt.

Selbstverständlich unterschätzt der VUSR keineswegs die Risiken einer neuerlichen Corona-Mutation, doch ohne eine strukturierte, einheitliche und konsequente Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung mit all ihren Ministerien fällt es der Reisebranche umso schwerer, das

Vertrauen der Reisenden zurückzugewinnen. Denn ein zurückhaltendes Buchungsverhalten ist mit den erweiterten flexiblen Angeboten für Individual- und Pauschalreisen gar nicht notwendig. Das gilt erst recht für europäische Mittelstrecken wie z. B. die Kanaren. Dabei ist die Reisebranche auf genau diese Buchungen und – soweit dann gefahrlos möglich – auf die Reisedurchführung zwingend angewiesen, um wieder das Vor-Corona-Niveau zu erreichen. Doch auf diesem Weg bringt sich die Reisebranche ganz aktuell bedauerlicherweise selbst mehrfach in Gefahr.

„Die Deutschen haben sehr große Lust Urlaub zu machen und auch Urlaub zu buchen.“ sagte der Präsident des Deutschen Reiseverband (DRV), Norbert Fiebig, anlässlich des Fachgesprächs des Ausschusses für Tourismus mit dem Titel „Neustart – Perspektiven für den Tourismus“ am 06.04.2022. Das bedeutet, die erst einmal positive Buchungslage für die Saison 2022 ist seit Monaten bekannt und wurden auch entsprechend medial verbreitet. Vor diesem Hintergrund ist der sich jetzt zeigende, hausgemachte Fachkräftemangel in der Branche schockierend und wird immer mehr zum Hemmschuh für eine Erholung der Tourismuswirtschaft. Die massenhafte Annullierung von Flügen bremst die gerade aufkommende Reiselust und läuft den Anstrengungen der gesamten Branche entgegen, die Krise zu überwinden.

Viele Mitarbeiter*innen haben in den vergangenen beiden Jahren auch nicht freiwillig die Branche verlassen. Ein wenig mehr vorausschauende Planung hätte vielleicht auch das eine oder andere Problem vermeiden können, zumal die Airlines auch unterschiedlich mit der Situation umgehen. Dass die Leute endlich wieder reisen wollen und die Buchungen anziehen, war seit Monaten klar und die Reisebeschränkungen sind in der Masse auch nicht erst vor zwei Wochen gefallen. Insofern beklagen wir hier auch strategische Fehlplanung innerhalb der Branche.

Deshalb brauchen wir für diesen Sommer Entlastung bei den Luftsicherheitskontrollen, um das Schlimmste für die Reisenden und auch die Branche abzuwenden. Da muss die Bundesregierung helfen, z.B. mit der Bundespolizei und weiteren unterstützenden Maßnahmen etwa bei der Abfertigung.

Die Tourismuswirtschaft muss überdies gemeinsam überlegen, wie sie bestmöglich eine monatelange Krise für ihre Kunden vermeiden kann, inklusive verheerender Berichterstattung von gestrandeten Passagieren, knallvollen Flughäfen, unglücklichen Kunden, etc.

Ein weiterer großer Bremser ist, so klagen einige unserer Mitglieder, dass zahlreiche Leistungen noch immer nicht buchbar sind, weil Veranstalter wohl aufgrund von Personalmangel keine Verträge aus den Zielgebieten vorliegen haben. So konnte ganz konkret eine Buchung für die Reiseroute Singapur, Vietnam und Bangkok für 4 Personen im Volumen von 20.000 Euro nicht durchgeführt werden, weil lediglich eines von den drei gewünschten Hotels wegen fehlender Zielgebiet-Verträge buchbar war. So fallen signifikante Umsätze auch weiterhin ersatzlos weg; sofortige Abhilfe ist geboten.

Corona-Hilfen in der Rückschau

Für die Corona-Hilfen insgesamt sprechen wir der Bundesregierung, dem Bundestag und dem Bundesrat den Dank unserer Mitglieder aus. Sie haben an vielen wichtigen Stellen erheblich vor einem Kollaps der Reisebranche beigetragen, wobei diese Einschätzung unter dem Vorbehalt der noch ausstehenden Abschlussrechnungen steht.

Im Detail sollten, insbesondere mit Blick auf die ungewisse Pandemielage zum Ende des Jahres, zwingend noch rechtzeitig die bisherigen Prozesse eruiert und mit dem Ziel der Vereinfachung evaluiert werden. Dass etwa die FAQ regelmäßig überarbeitet worden sind und nichtsdestotrotz bis heute die Sonderregelungen der Reisebranche ungeklärt sind, hinterlässt zu viele Fragen. Diese hatten mit einer erheblichen Überlastung, wie auch mit der teilweise mangelhaften Antragsbearbeitung zu kämpfen. Allein die Bearbeitungszeit für Rückfragen wird auf bis zu 50 % der Gesamtbearbeitungszeit geschätzt.

Es fehlte zudem an Berechnungsvorlagen oder Neuigkeiten mussten zunächst der Presse entnommen werden. Die Frist der Schlussabrechnung zum 31.12.2022 wird außerdem viele Kanzleien erneut vor eine Belastungsprobe stellen. Insgesamt gilt es Bürokratie abzubauen und Prozesse noch einmal erheblich zu verschlanken, sodass wir zumindest auch eine ergebnisoffene Diskussion zur Notwendigkeit eines prüfenden Dritten anregen.